

Ausblick

Im Jahr 2015 kamen nach Aussage des Bundesinnenministers von Ende September 2016 etwa 890.000 Menschen in Deutschland an, die ihre Heimat wegen Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung oder aus wirtschaftlichen Gründen verlassen hatten. Sehr viele von ihnen werden voraussichtlich in Deutschland bleiben. Obwohl diese dramatische Steigerung der Flüchtlingszahlen gegenüber den Vorjahren nicht völlig überraschend kam, waren Bund, Länder und Kommunen nur unzureichend auf diese exzeptionelle Herausforderung vorbereitet. Dennoch konnte die Situation stabilisiert werden, was nicht zuletzt auf das außerordentliche Engagement der Zivilgesellschaft mit zehntausenden ehrenamtlichen Helfern zurückzuführen ist. Diese Studie würdigt ihr Engagement daher besonders.

Vor allem durch die Sperrung der „Balkan-Route“¹ und das „Türkei-Abkommen“ im März 2016 wurde der Zustrom deutlich gedrosselt, so dass im vergangenen Jahr 280.000 Asylsuchende bei uns ankamen². Diese Zahl liegt deutlich unter der des Vorjahres, aber über der Zahl der gestellten Asylanträge im Jahr 2014 (202.000)³. Eine Entspannung kann folglich nur im Vergleich mit dem Jahr 2016 konstatiert werden. Vor allem die Kommunen können nun „vom Krisen- in den Integrationsmodus“, wie es Roland Schäfer vom Deutschen Städte- und Gemeindebund ausdrückt, schalten.

Was bedeuten die geschilderten Umstände und Entwicklungen für die Zukunft? Zunächst einmal haben die Kommunen mit Hilfe zahlreicher Freiwilliger in wenigen Monaten die Krise gemeistert. Dies spricht für Flexibilität, eine mitmenschliche Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, dem weltweit mit Respekt begegnet wurde. Das lässt für die Zukunft hoffen. Darüber hinaus hat der Zustrom von knapp 900.000 Menschen zumeist aus dem arabisch-muslimischen Kulturraum bei den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ein neues Problembewusstsein geschaffen, weil die Herausforderungen und die Schwachstellen deutscher Integrationspolitik deutlich wurden.

Die vorliegende Studie zeigt, dass die „Turnhallen-Republik“ der Vergangenheit angehört, die meisten Menschen also inzwischen dezentral untergebracht

und versorgt werden können, trotz erheblicher Schwierigkeiten vor allem in den Ballungsräumen. Dennoch liegen die zukünftigen „Baustellen“ offen zutage. Die Kommunen rechneten im Jahr 2016 mit 733.000 unterzubringenden Flüchtlingen, wobei Wohnraum für 460.000 Menschen fehlte. Hier hat der Bund schnell reagiert und den Ländern sowie Kommunen eine Milliarde für den Wohnungsbau zugesagt. Hinzu kommen Integrationspauschalen von jährlich zwei Milliarden Euro bis 2018⁴. Die Kommunen sind mit dieser finanziellen Unterstützung deutlich entlastet. Sie müssen aber auch darauf vertrauen dürfen, dass diese Transferzahlungen in naher Zukunft fortgesetzt werden.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung mit Gesetzesverschärfungen reagiert, wie etwa in den sogenannten Asylpaketen I und II (Oktober 2015 und März 2016), auf die die Studie explizit verweist: Sie enthalten u. a. die Erklärung weiterer Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten, die Beschleunigung von Asylverfahren, den Abbau von Abschiebehindernissen, das Erschweren des Familiennachzuges und die Verschärfung des Ausweisungsrechtes. Nach dem Attentat von Berlin wird es wohl zu weiteren Gesetzesänderungen und Gesetzesergänzungen kommen, wie die Diskussion um die Verschärfungen der Abschiebehaf, Videoüberwachung und Fußfesseln zeigt.

Hingegen soll das Integrationsgesetz vom August 2016 denjenigen, die bleiben dürfen, die Integration erleichtern. Weitere Maßnahmen sind geplant, wie etwa ein Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung.

Dass Integration besser gelingt, je geringer die Zahl der zu Integrierenden ist, liegt auf der Hand. Das gilt umso mehr, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland sind. Die humanitär begründete „Politik der offenen Tür“, wie sie im Herbst 2015 ausnahmsweise möglich gemacht wurde, stellt insbesondere die Kommunen, in denen Flüchtlinge nicht nur menschenwürdig untergebracht, sondern, unabhängig von ihrer Bleibeperspektive, auch integriert werden sollen, weiterhin vor große Herausforderungen. Viel Positives wurde hier in kürzester Zeit durch Einfallsreichtum, unkompliziertes

Handeln und Tatkraft erreicht, wie die hier dargestellten Fallbeispiele zeigen.

Eine Verfestigung von gesellschaftlichen Polarisierungen in „pro“ und „contra“ muss ebenso vermieden werden wie die Gefährdung des bislang weitestgehend vorhandenen innerdemokratischen Konsenses in einwanderungspolitischen Fragen. Hier überschneiden sich die Aufgabenfelder von Bund, Ländern und Kommunen. Eine gesellschaftliche Akzeptanz von Zuwanderung und die Bereitschaft zur unvoreingenommenen Offenheit gegenüber Flüchtlingen werden sich umso schneller einstellen, je positiver sich die Integration entwickelt und auf unsere Gesellschaft auswirkt. Vor allem bei den Aufgabenfeldern Arbeit und Bildung, Innere Sicherheit und kulturelles Zusammenleben wird sich entscheiden, ob Integration gelingt. Bislang ist die Bevölkerung nach einer Allensbach-Umfrage vom Oktober 2016 diesbezüglich äußerst skeptisch. Nur 22 Prozent der Befragten sehen unser Land integrationspolitisch gut aufgestellt.

Überschätzt wurde das arbeitsmarktpolitische Potential der Zuwanderer. So beklagt der Verband „Handwerk NRW“, dass viele junge Asylbewerber weder von ihren Sprach- noch von ihren Schulkenntnissen ausbildungsreif seien. Zudem würden sie nur ungern eine Lehre beginnen, weil die Vergütung zu gering sei und das Handwerk fälschlicherweise mit „Hilfsarbeit“ gleichgesetzt würde⁵. Dass sich im Sommer 2016 unter den 3,5 Millionen Beschäftigten der DAX-Unternehmen nur 54 Flüchtlinge befanden, ist bezeichnend. Die vordringlichste Zukunftsaufgabe ist daher das Vermitteln der deutschen Sprache und die berufliche Qualifikation. Hier hat die Politik bereits wichtige Weichstellungen vorgenommen. Darüber hinaus hängt eine erfolgreiche Integration maßgeblich von der Kenntnis des politischen Systems und der Akzeptanz des gesellschaftlich-politischen-kulturellen Kontextes Deutschlands ab. Hier kommt der Politischen Bildung eine äußerst wichtige Aufgabe zu.

Die Erfahrung der letzten drei Jahrzehnte zeigt, dass etwa zwei Drittel der zugewanderten Männer und ein Viertel der Frauen erst nach fünf Jahren einen Arbeitsplatz gefunden hatten. In mehr als der Hälfte der Fälle erfolgte die Vermittlung über soziale Kon-

takte, so dass auch dieser Aspekt der Integration als kommunale Aufgabe nicht hoch genug bewertet werden kann⁶.

Die Sexualdelikte der Kölner Silvesternacht 2015/16 und vor allem das Berliner Attentat kurz vor Weihnachten 2016 haben das Klima einer „Willkommenskultur“ nachhaltig beeinträchtigt. Sicherheitsbehörden und Politik erschienen vielen Bürgerinnen und Bürgern unvorbereitet, der Rechtsstaat wirkte auf sie häufig zahnlos, nicht nur im Fall des Berliner Attentäters. Es gilt, auf allen föderalen Ebenen ein realistisches Bild von Herausforderungen und potentiellen Gefahren sowie entsprechende Szenarien zu entwickeln, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft, wenn irgend möglich, zu verhindern. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass der Rechtsstaat ebenso transparent wie konsequent gegenüber Straftätern handeln muss. Sollte sich der Eindruck eines zu nachsichtigen oder gar versagenden Rechtsstaates verfestigen, verlieren nicht nur die Opfer von Straftaten ihr Vertrauen; auch die Einstellung in der Bevölkerung wird nachhaltig beeinträchtigt. Ohnmacht empfinden nicht zuletzt Polizisten, die Straftäter dingfest machen, aber feststellen müssen, dass diese häufig wieder „auf freien Fuß kommen“⁷. Die Erwartung, dass das zuletzt erneut verschärfte Asylrecht auch zu einer entsprechenden Abschiebep Praxis von Nichtasylberechtigten führt, ist hoch. Der Rechtsstaat mit seinen Vollzugs- und Durchsetzungsorganen sollten daher gestärkt werden, um Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen bzw. zu sichern.

Die uneingeschränkte Achtung der Rechtsordnung des Grundgesetzes ist selbstverständliche und unabdingbare Voraussetzung für den Verbleib in Deutschland. Darüber hinaus fehlt aber nach wie vor ein Konsens über die Akzeptanzleistungen, die die Aufnahmegesellschaft, insbesondere gegenüber muslimischen Einwanderern, erbringen sollte und welche kulturellen Eigenheiten diese wiederum selbst aufgeben sollten, weil sie weder dem Kulturverständnis, noch der kulturellen Praxis Deutschlands entsprechen und zudem einer „Miteinander-Kultur“ entgegen wirken. Die Sorge vor sogenannten „Parallelgesellschaften“ ist groß. Dazu tragen insbesondere auffällig patriarchale Strukturen und Umgangsformen in zahl-

reichen Familien mit Migrationshintergrund sowie die Rolle einiger muslimischer Frauen in Familie und Gesellschaft bei.

Die Achtung von Recht und grundgesetzlicher Ordnung ist eine notwendige, aber ganz offensichtlich nicht hinreichende Voraussetzung für eine gelungene Integration. Die aktuellen Herausforderungen bieten somit die Gelegenheit, eine konstruktive wertvolle Debatte über unser Selbstverständnis und unsere Identität in Deutschland und Europa zu führen.

Das Gelingen der Integration hängt zweifelsohne davon ab, wie sie in den Lebenswelten der Menschen, also vor Ort in den Städten und Gemeinden, ja in den Nachbarschaften umgesetzt wird. Den Fragen des Quartiersmanagements kommt daher eine zentrale Bedeutung zu⁸. Integration kann nur gelingen, wenn Minderheiten nicht in bestimmten Stadtteilen, aber auch in Kindergärten, Schulen, Vereinen und andernorts, die Mehrheit bilden, wie es mitunter, insbesondere in Ballungszentren, heute der Fall ist. Eine der größten Herausforderungen für Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern ist daher die Frage ihrer Unterbringung. Segregation muss vermieden, gesellschaftliches Miteinander ermöglicht werden.

Die Herausforderung, eine sehr große Zahl von Flüchtlingen in Deutschland aufzunehmen, zu versorgen, unterzubringen und zu betreuen, hat die Diskussion über den richtigen Weg der Integration deutlich belebt und auch stellenweise entideologisiert. Insofern sind die Lehren, die gezogen werden können, und Verbesserungen, die vorgenommen wurden, eine Chance dafür, dass Zuwanderer öfter und zügiger einen ebenso festen wie sicheren Platz in der deutschen Gesellschaft finden.

Professor Dr. Volker Kronenberg zeigt in hervorragender Weise auf, welche Wege, Fallbeispiele und Maßnahmen für eine gelungene Integration

zielführend erscheinen, uns Mut machen und, bei allen großen Herausforderungen, durchaus zuversichtlich stimmen können. Einmal mehr wird deutlich, dass Integration insbesondere vor Ort, von den Verantwortlichen in den Kommunen, organisiert und gelebt werden muss, um erfolgreich zu sein.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigt sich nicht erst seit Beginn der großen Flüchtlingswelle mit Integrations- und Zuwanderungsfragen. Als Querschnittsaufgabe befassen sich nahezu alle Arbeitsbereiche der Stiftung mit dieser Thematik, um der Zivilgesellschaft, Zuwanderern, der Politik, den Kommunen und nicht zuletzt dem engagierten und interessierten Bürger in vielfältiger Weise Hilfe und Expertise anzubieten.

Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Schwerpunkte „Integration und Migration“, „Religion und Gesellschaft“ sowie „Europäische Zuwanderungspolitik“ nochmals intensiviert, da die Nachfrage nach Fakten, Hintergründen und Diskussionsforen zu den Themen Flucht sowie Asyl groß ist. Dabei leistet sie eine politische Einordnung des aktuellen Geschehens aus kommunaler, nationaler, europäischer und internationaler Perspektive. Zudem erörtert sie die Chancen und Herausforderungen für Staat und Gesellschaft. Schließlich würdigt die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihren Maßnahmen die überwältigende Hilfsbereitschaft vieler Menschen und fördert dieses ehrenamtliche Engagement nach Kräften. Mit zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen erreichen wir auch die zu uns Gekommenen und erleichtern ihnen durch Informationen zu Gesellschaft, Staat und Kultur in Deutschland, also mit klassischer Politischer Bildung, Teilhabe und Integration.

Die vorliegende Handreichung gehört dazu. Wir würden uns freuen, wenn sie hilfreiche Anstöße geben und neue Erkenntnisse vermitteln würde.

Sankt Augustin, im März 2017

Dr. Melanie Piepenschneider
*Leiterin Politische Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

Philipp Lerch
*Leiter KommunalAkademie
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

Dr. Marco Arndt
*Wissenschaftlicher Mitarbeiter
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

1 | Anmerkung: Es reisen monatlich weiterhin zwischen 10.000 und 15.000 Menschen über diesen Weg nach Deutschland ein (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. Januar 2017 mit Berufung auf Bundesinnenminister de Maizière).

2 | Ebd.

3 | BMI vom 15. Januar 2015. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/01/asylzahlen_2014.html

4 | „Insgesamt beziffert die Regierung die Ausgaben zur Bewältigung der Zuwanderung und zur Bekämpfung von Fluchtursachen über alle betroffenen Ressorts hinweg mit knapp 19 Milliarden Euro im Jahr 2017 und mit insgesamt gut 77 Milliarden Euro bis 2020.“ Dietrich Creuzburg, Mehr Geld für Soziales und Flüchtlinge, Frankfurter Allgemeine Zeitung online v. 1. Juli 2016. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/recht-steuern/bundeshaushalt-2017-mehr-geld-fuer-soziales-und-fluechtlinge-aber-die-schwarze-null-steht-14319349.html>

5 | Matthias Korfmann, Flüchtlinge machen häufig einen Bogen um das Handwerk, Bonner General-Anzeiger v. 12. Januar 2017.

6 | Siehe zu dieser Thematik: „Integration durch Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit. Handlungsempfehlungen für Städte, Gemeinden und Kreise“, Handlungsempfehlungen der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., veröffentlicht in diesem Band auf den Seiten 120-123.

7 | Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 14. Januar 2017, vgl. hierzu auch das Interview mit der Bochumer Polizistin Tania Kambouri v. 2. Oktober 2015 im Deutschlandfunk: http://www.deutschlandfunk.de/polizei-wir-verlieren-die-hoheit-auf-der-strasse.694.de.html?dram:article_id=332717

8 | Vgl. Best-Practice-Zusammenstellung der Kommunal-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Lokale Flüchtlingshilfe, nachhaltige Integrationsmaßnahmen vor Ort und Identität stiftendes Quartiersmanagement“, abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.43128/>

Integration durch Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit in den Kommunen

ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN EINES WORKSHOPS DES GÜNTER RINSCHKE-KREISES UND
DES BEIRATES KOMMUNALPOLITIK DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V. IM SEPTEMBER 2016

Die meisten der vor allem im Jahr 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge und Migranten sind mittlerweile nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften und Provisorien untergebracht. Nun steht unser Land vor der Aufgabe, diese Menschen durch Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen zu integrieren, denn Arbeit befördert die Integration am nachhaltigsten. Hier sind der Staat, die Kommunen und die private Wirtschaft gefordert, wobei die Maßnahmen erst am Anfang stehen und ein Ende daher noch lange nicht in Sicht ist. Vor allem das bewährte Duale Ausbildungssystem muss den neuen Anforderungen Rechnung tragen, um Defizite in Sprach- und Schulbildung zu beheben. Denkbar wären hier zum Beispiel entsprechende Bildungsmaßnahmen, getragen von den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, um Wissen aufzuholen. Die Berufsintegrationsklassen der Berufsschulen leisten hier schon wertvolle Beiträge. Einstiegsmöglichkeiten in die Arbeitswelt für Migranten können auch Saison-Arbeitsplätze und niederschwellige Arbeitsplätze sein. Letztere sollten auch von Kommunen auf Tätigkeitsfeldern angeboten werden, für die es keine anderen Anbieter gibt. So ist die Integration eine Gemeinschaftsaufgabe der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen. Sie muss kooperativ und arbeitsteilig wahrgenommen werden.

Von diesen grundsätzlichen Überlegungen ausgehend, trafen sich Ende September 2016 im Gezeiten Haus Schloss Eichholz bei Wesseling 25 Experten des Günter Rinsche-Kreises und des Beirates Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Workshop der KommunalAkademie „Integration durch Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit in den Kommunen“. Die Teilnehmer trugen auf der Grundlage von mehreren Impulsvorträgen praktische Handlungsempfehlungen für einen kommunalen Aktionsplan zur Integration von Zuwanderern und Geflüchteten zusammen.

Unter der Leitung von Minister a.D. Franz Schuster, Leiter des Günter Rinsche-Kreises, und in der Diskussion mit Oberbürgermeisterin a.D. Dr. h. c. mult. Petra Roth, Leiterin des Beirates Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., sowie zahlreichen Führungspersönlichkeiten aus Kommunalpolitik und -verwaltung wurde intensiv über zielführende und vor Ort umsetzbare Maßnahmen zur zügigen Integration von Zuwanderern und Geflüchteten durch Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit diskutiert.

Marian Zachow, Erster Kreisbeigeordneter, erörterte, wie der Landkreis Marburg-Biedenkopf aus der „Willkommens-“ eine kommunale „Miteinander“-Kultur entwickelt habe.

Der Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement Rainer Christian Beutel stellte dar, wie sich beispielgebende Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet als attraktive Arbeitgeber für Geflüchtete und Zuwanderer präsentieren.

Peter Saalfrank, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Schwaben, stellte exemplarisch ein Pilotprojekt vor, welches jungen Flüchtlingen in Schwaben erfolgreich eine Ausbildung ermöglicht¹.

Minister a.D. Franz Schuster stellte schließlich Überlegungen vor, wie das Duale Ausbildungssystem für eine besonders zielgerichtete Weiterbildung von Migranten fortentwickelt werden könnte.

Die KommunalAkademie trug anschließend die zahlreichen Hinweise und Anregungen der Referenten und Teilnehmer zusammen und arbeitete sie anschließend für die Nutzung für Kommunen auf. Dieser praktische Maßnahmenkatalog findet sich nachstehend aufgelistet. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern spiegelt die Ergebnisse des Workshops wider. Er mag Verantwortlichen in Regionen, Städten und Gemeinden, im Zusammenspiel mit den Erkenntnissen, Ergebnissen und Handlungsempfehlungen der Studie von Professor Dr. Volker Kronenberg, als Aktionsplan bzw. Best-Practice-Handreichung für ihre Integrationsarbeit vor Ort dienen.

GRUNDSÄTZLICHES

- Mit der Integration sofort beginnen, und zwar unabhängig von der Bleibeperspektive der Migranten
- Die Fehler früherer Jahrzehnte, zuletzt der 1990er Jahre, nicht wiederholen, d. h. insbesondere: Isolation jeder Form und Ausprägung unbedingt vermeiden, Migranten eine möglichst individuelle Wertschätzung entgegenbringen und sie aufmerksam fördern sowie deutlich fordern
- Migranten wenn möglich sofort mit ihrer fachlichen Qualifikation einsetzen
- Den o. g. Grundsatz „Fördern und Fordern“ durchgängig beachten, dabei aber auch den gesundheitlichen und psychosozialen Hintergrund des einzelnen Migranten, z. B. Traumata und Fluchterfahrungen, beachten
- „Sprache – Bildung – Berufsberatung – Arbeit“ als Vierklang begreifen, d. h. möglichst zeitgleich ansetzen

ÜBERREGIONAL

- Überregionale Vernetzung der staatlichen Akteure vorantreiben, um, z. B. bei Wohnortwechseln der Migranten, Informationsverluste und vermeidbare Aufwände zu minimieren
- Darauf drängen, dass Flüchtlings-Koordinatoren sich überregional vernetzen und voneinander profitieren
- Arbeitsmarktbüros und z. B. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Berufsverbände zur überregionalen Vernetzung von Bewerberprofilen auffordern

KREISEBENE

- Kommunale Integrationszentren auf Kreisebene schaffen
- Kostenlose Informationen und Workshops zu Wirtschaft und zur Kultur anbieten sowie praxis- und erlebnisorientierte Besuche, Besichtigungen und Programme vorsehen
- Die Qualität von Integrationskursen im Blick behalten und ggf. auf Kontrolle der Anbieter drängen
- Überblick über Ehrenamtsinitiativen erarbeiten,

die auf Migranten, insbesondere auf Geflüchtete, ausgerichtet sind, um Synergien zu erzielen und eine Vernetzung zu ermöglichen

- Ehrenamtsbörsen und -portale um das Thema Geflüchtete erweitern und gezielt ausrichten
- Gemeinsam mit der Wirtschaft und den Wohlfahrtsverbänden etc. Projekte, die Modellcharakter haben können, entwickeln und ausprobieren²
- Übersicht über die mit der Integration befassten Ansprechpartner in der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und den Berufsverbänden in der Region erstellen und entsprechende Broschüren dieser Institutionen vorhalten³
- Fundierte Kompetenz-Feststellung anregen, z. B. mit einem Intensiv-Kurs wie im Projekt VOICE des Landkreises Marburg-Biedenkopf⁴, d. h. Modelle entwickeln, die über den klassischen Fragebogen hinausreichen
- Wo nicht ohnehin vorhanden, zur Beratung und Vermittlung von Migranten ein gemeinsames Arbeitsmarktbüro von JobCenter, Bundesagentur für Arbeit und kommunalem Integrationsbüro schaffen
- Anregen, dass die gegenseitige Erwartungshaltung von Arbeitgebern und Migranten an eine Ausbildung abgeklärt, schriftlich fixiert und in regelmäßigen Gesprächen überprüft wird
- Das Duale Ausbildungssystem in Deutschland sorgfältig erläutern
- Bei zuständigen/geeigneten Akteuren und Institutionen anregen, dass Ausbildungsbörsen und -portale um zielgenaue Angebote für Migranten erweitert oder eigens für diese veranstaltet bzw. eingerichtet werden
- Bei zuständigen/geeigneten Akteuren und Institutionen anregen, dass Eltern und Familien junger Migranten möglichst in den Beratungskontext einzu-beziehen sind⁵
- Ländliche Kreise als Potential zur Unterbringung von Flüchtlingen begreifen, zumal sie aufgrund ihrer kleinstädtischen Struktur sehr solidarisch sein können⁶ („Dorf statt draußen“) und i. d. R. einen weniger angespannten Wohnungsmarkt als Ballungszentren aufweisen
- Bei der Umsetzung des Bundes-Integrationsgesetzes dafür eintreten, dass das wirtschaftliche Potential und der daraus resultierende Arbeitskräftebedarf des jeweiligen ländlichen Raumes angemessen berücksichtigt werden (strukturstarke/strukturschwache Kreise etc.)⁷

- Einen umfassenden Kompetenz-Check durch die Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer für die potentiellen Arbeitgeber anregen, um passgenau zu vermitteln und keine falschen Erwartungen (auf beiden Seiten) zu wecken⁸
- Beratungsprogramme der Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer für Berufs-Integrations-Klassen an den Berufsschulen anregen: „Besuchen – Bewerten – Beraten“. Zugleich interkulturelle Trainings für Unternehmen mit Ergebnissicherung durchführen oder anregen
- Bildungserfolge und -fortschritte von Migranten in den Integrationsklassen begleiten und überprüfen/ „monitoren“
- Ggf. die Nutzung der außerbetrieblichen Ausbildung anregen
- Im Rahmen von Bewerbungstrainings für Migranten verständliche Informationen zum adäquaten Verhalten in ihrem Umfeld bzw. ihren jeweiligen sozialen Kontext vermitteln, anhand praktischer Übungen verfestigen und so die interkulturelle Kompetenz fördern

KOMMUNALE EBENE

- Interkulturelle Öffnung der Kommune, insbesondere der kommunalen Wirtschaftsförderung vorantreiben
- Stärkere interkulturelle Öffnung der Kammern, der Verbände und sonstiger wirtschaftlicher Interessenvertretungen anregen
- Erwartungshaltung auch an Migranten-Organisationen richten und klar formulieren, sich ebenfalls interkulturell zu öffnen.
- Migranten-Organisationen bei der Entwicklung von Angeboten für Migranten frühzeitig einbinden
- Einbeziehung von Selbständigen mit Zuwanderungsgeschichte bei der Entwicklung von Angeboten für Migranten
- Migranten, die eine Selbständigkeit anstreben, unterstützen und auf Beratungsangebote hinweisen sowie die Prozesse begleiten
- Das Verfassen von Integrationsberichten bei Organisationen, Vereinen und Verbänden anregen und diese einfordern, um festzustellen, welche Integrationsleistungen erbracht werden
- Bilinguale Arbeitsmarkt- und sonstige Informationen (Print, online) in verständlich gehaltener Sprache anbieten
- Sprachkurse i. S. eines „praktischen Spracherwerbs“ mit Beschäftigung verbinden, z. B. mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit, um sofort und zielgerichtet, d. h. „lebens- und arbeitsnah“, Sprachpraxis zu ermöglichen
- Zielgruppe Frauen gesondert ansprechen und schulen

- Projektteams der Industrie- und Handelskammer/Handwerkskammer anregen, die Migranten vor, während und nach der Ausbildung begleiten („Kümmerer“, Mentoren), um Abbrecherquoten zu verringern und einen besseren Übergang in Arbeitsverhältnisse zu schaffen
 - Alle Beteiligten aktivieren, Migranten gezielt in Mangelberufen auszubilden und auch die Migranten selbst auf entsprechende Perspektiven hinweisen⁹
 - Darauf hinwirken, dass die Ausbildungskapazitäten der Unternehmen ausgeschöpft werden
 - Anregen, dass auch in Berufen ausgebildet wird, die in Deutschland zwar „auslaufen“, aber im Ausland, etwa den Herkunfts- und Heimatländern von Geflüchteten, noch ausgeübt und längerfristig gebraucht werden
 - Die Gewinnung von Migranten als Nachwuchs in den Kommunalverwaltungen auch unter strategischen Gesichtspunkten betrachten und z. B. mit Hilfe von Zielwerten vorantreiben.
 - Gemischte Abteilungen und Projektteams in den Kommunalverwaltungen bilden
 - Verwaltungen noch stärker für Praktika von Migranten mit etwaiger späterer Ausbildungsperspektive öffnen
 - Unternehmen, wo möglich, hinsichtlich des Abbaus bürokratischer Hürden unterstützen, um Migranten schneller in Arbeit zu bringen
- Das arbeitsmarktpolitisch erprobte Instrument der Einstiegsqualifizierung von 6 bis 12 Monaten nutzen, um auf die Ausbildung vorzubereiten
- Integrations-Engagements institutionell verzahnen, durch „Runde Tische“, Integrationsbeauftragte, Integrationszentren etc.

GEMEINNÜTZIGE UND NIEDERSCHWELIGE ZUGÄNGE ZU ARBEIT IN DER KOMMUNE

- Beschäftigung bei Trägern sozialer Dienstleistungen, z. B. bei der Diakonie, der Caritas etc., fördern, ggf. eine vorübergehende (Teil)Finanzierung aus dem Sozialetat der Kommune erwägen
- Gemeinnützige Arbeit von Migranten in der Kommune im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (z. B. 3 x 6 Stunden/Woche) anbieten
- Wohlfahrtsverbände und rein ehrenamtliche Initiativen verzahnen: Runde Tische, Portale, Kennenlern- und Integrations-Veranstaltungen
- Gegenüber ambulanten Pflegediensten die Bildung von gemischten Teams, Praktika sowie ggf. die Einbeziehung in Pflegehilfsdienst-Leistungen anregen
- Zwischenschritte zur Ausbildung anregen: z. B. Helfer, Mechaniker, Mechatroniker; Betreuungsassistent/Pflegehelfer, Gesundheits- und Pflegeassistent, Altenpfleger)

- Der Ausbildung einen mehrmonatigen Vorbereitungskurs vorschalten mit Spracherwerb, kultureller Bildung und Erläuterungen zum Berufsbilder
- Anschubfinanzierte Projekte zur Vermittlung von Praktika in der Wirtschaft mit anschließender individueller Mentoren-Betreuung ermöglichen
- Sorgfältig abwägen, ob eine Gründung von Beschäftigungsgesellschaften sinnvoll sein könnte¹⁰, z. B. im Bereich Grünpflege, Betreuung von Wohnanlagen, Bewachung von Brachen und gewerblichen Wasserflächen, möglichst unter der Kontrolle oder der Regie der Wirtschaft bzw. der Wohlfahrtsverbände und möglichst an den ABS-Gesellschaften¹¹ in den östlichen Bundesländern orientiert
- Über die kommunale Wirtschaftsförderung Unternehmensgründungen anregen, die Flüchtlinge beschäftigen und „einarbeiten“ können
- Flüchtlinge auf die Möglichkeit des Bundesfreiwilligendienstes hinweisen: Sonderprogramm „BFD mit Flüchtlingsbezug“¹²

Der Bildungsgrad und die Sprachkenntnisse der Menschen, die nach Deutschland aufgrund der Asylgesetzgebung und der Regelungen für Flüchtlinge bislang gekommen sind, zeigen, dass diese wohl eher nicht, jedenfalls nicht kurzfristig, den herrschenden Fachkräftemangel ausgleichen können, obwohl ihre Motivation regelmäßig hoch ist.¹³

Der Fachkräftemangel wird andauern, so dass die Frage nach einem Einwanderungsgesetz im Sinne einer gesteuerten Zuwanderung, die anhand am hiesigen Mangel formulierter Auswahlkriterien erfolgen würde, auf der politischen Tagesordnung bleibt.

„Die Bildungsstruktur der Geflüchteten unterscheidet sich im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung weniger am oberen Ende der Skala. Sie zeichnet sich vielmehr durch einen sehr viel kleineren Teil in der Mitte und einen sehr viel größeren Anteil am unteren Ende des Spektrums aus.“¹⁴ Nach Angaben der BfA vom August 2016 arbeiteten 111.000 Menschen aus Asylherkunftsländern in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, was einer Steigerung von 26 Prozent gegenüber 2015 bedeutet.¹⁵ Dies ist eine erfreuliche Tendenz. Hingegen verdoppelte sich in eben diesem Zeitraum zugleich auch die Zahl der Arbeitslosen aus dieser Personengruppe. In den vergangenen zwölf Monaten schafften nur 34.000 Migranten, die aus Ländern außerhalb der EU nach Deutschland kamen, den Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. Hingegen suchen noch 406.000 einen Job. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schätzt, dass in fünf Jahren maximal 50 Prozent von

ihnen einen Beruf ausüben werden, was die große Herausforderung in dieser Frage für die kommenden Jahre deutlich unterstreicht.¹⁶ Die hier zusammengestellten Prinzipien und dezentralen Maßnahmen zeigen im Zusammenspiel mit den Erkenntnissen, Ergebnissen und Handlungsempfehlungen der Studie „Integration vor Ort“ Perspektiven zur Integration von Migranten durch Beschäftigung, Ausbildung und Arbeit auf.

- 1 | Die drei Präsentationen zu den Impulsvorträgen sind auf der Internetseite der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. hinterlegt: www.kas.de/kommunalakademie, exakter Pfad: <http://www.kas.de/wf/de/33.46624/2>
- 2 | Siehe beispielhaft das Projekt der IHK Bonn „Individuelle Integration durch Ausbildung“, das in Kooperation mit Gewerkschaften, Jobcentern und anderen Akteuren Flüchtlinge über Langzeitpraktika und Sprachkurse an eine berufliche Ausbildung heranführen möchte. Broschüre: https://www.ihk-bonn.de/fileadmin/dokumente/Downloads/Ausbildung/E-Letter/E-Letter_04_2015.pdf
- 3 | Vgl. z. B.: Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.): Jugendliche mit Migrationshintergrund und Betriebe zusammenführen https://www.whkt.de/index.php?eID=tx_securedownload&u=0&g=0&t=1479218760&hash=cb5f1b2f4df0ca14086f0bcf7464216834c1249e&file=fileadmin/user_upload/hp_whkt/downloads/service/starthelfer-folder_allgemeine-info_migranten_dt_09-2013_download.pdf
- 4 | Siehe das Projekt VOICE des Landkreises Marburg-Biedenkopf. – Einen Einblick in Kompetenzfeststellungsverfahren für kommunale und Arbeitsmarkt-Akteure bietet z. B. die „Praxishandreichung Migrationsspezifische Verfahren zur Kompetenzfeststellung“: https://www.esf.de/portal/Shared-Docs/PDFs/DE/Leitlinien/2016-07-01-Praxishandreichung-.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- 5 | z. B. mit Hilfe von: Elternratgeber – Ausbildung in Deutschland. http://www.idah.koeln/downloads/KAUSA_Elternratgeber_deutsch_persisch_bf.pdf
- 6 | Auch von den Flüchtlingen selbst wird dies vereinzelt so empfunden. So wollten im November 2016 100 bis 500 syrisch-katholische Christen von Essen nach Altena im Sauerland umziehen.
- 7 | Neben der Strukturstärke/schwäche ist auch die Haltung der Bevölkerung und der Nachbarschaften zu berücksichtigen. Ggf. muss hier die Kommune zuvor geeignete Maßnahmen zur Information und Akzeptanz ergreifen und Möglichkeiten der Begegnung, des Kennenlernens und des Austauschs schaffen.
- 8 | Vgl. Vorgehensweise z. B. der IHK Schwaben: https://www.schwaben.ihk.de/produktmarken/ausbildung-und-pruefung/Projekte/Junge_Fluechtlinge_in_Ausbildung/Fluechtlingsprojekt/649766
- 9 | Aktuell wären dies z. B.: Maschinentechner, Bauelektriker, Gesundheits-/Krankenpfleger.
- 10 | Zu beachten ist hierbei stets die evtl. Konkurrenz-situation zur „freien Wirtschaft“. Derartige Vorhaben sollten möglichst Projektcharakter haben, also zeitlich befristet angelegt sein. Ziel sollte stets die Überführung der Arbeitsplätze in den ersten Arbeitsmarkt sein und bleiben.
- 11 | Vgl. z. B.: <http://www.abs-neuhaus-gmbh.de>
- 12 | <https://www.bundesfreiwilligendienst.de/news/bfd-mit-fluechtlingsbezug.html>
- 13 | Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 15. November 2016: <http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb2416.pdf>
- 14 | FAZ vom 16. November 2016, S. 4.
- 15 | Ebd.
- 16 | Spiegel Online von 19.12.2016: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-in-deutschland-34-000-haben-einen-job-400-000-suchen-noch-a-1126465.html>

Übersicht der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen. In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

Band 1:

J. Christian Koecke, Michael Sieben:
[Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation](#)
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8

Band 2:

Katrin Grüber:
[Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kommunen](#)
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7

Band 3:

Klaus-Jürgen Engelen:
[Die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union. Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU](#)
(Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010

Band 4:

Andreas Kalina:
[erfolgreich.politisch.bilden. Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland](#)
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5

Band 5:

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
[Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?](#)
Wesseling/Hannover, März 2011
ISBN 978-3-941904-96-5

Band 6:

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
[DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte.](#)
Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung
4., überarbeitete Auflage
Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015
ISBN 978-3-95721-077-7

Band 7:

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
[Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen](#)
3., überarbeitete Auflage
Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015
ISBN 978-3-95721-076-0

Band 8:

Klaus-Jürgen Engelen:
[„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele zur Staatsschuldenkrise in der EU](#)
Wesseling, April 2012
ISBN 978-3-942775-81-6

Band 9:

Annette Wilbert:
[Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis](#)
Wesseling, Januar 2013
ISBN 978-3-944015-30-9

Band 10:

Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
[Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege. Eine Diskussionsschrift](#)
2., unveränderte Auflage
Sankt Augustin/Berlin, März 2013
ISBN 978-3-944015-36-1

Band 11:

Jana Kulhay:
[Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum und ihre Mediennutzung](#)
Sankt Augustin/Berlin, Januar 2013
ISBN 978-3-944015-33-0

Band 12:

Andreas Jungherr, Harald Schoen:
Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen
und Kampagnenfunktionen
(Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im
Springer VS, Wiesbaden 2013, erschienenen
Buchausgabe)
Sankt Augustin/Berlin, Juni 2013
ISBN 978-3-658-01012-6

Band 13:

David Jonathan Grunwald:
Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der
außerschulischen Erwachsenenbildung
Wesseling/Berlin, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-008-1

Band 14:

Maja Eib, Daniel Braun:
Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge
im ländlichen Raum am Beispiel Thüringens
Wesseling/Erfurt, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-014-2

Band 15:

Manuel Sutter, Serafin von Roon, Florian Samweber,
Kristin Wachinger:
Netzausbau in Deutschland.
Wozu werden neue Stromnetze benötigt?
Wesseling/Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-051-7

Band 16:

Tobias Montag, Thomas Recht:
Den Netzausbau mitgestalten. Potentiale formeller
und informeller Beteiligung
Wesseling/Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-052-4

Band 17:

Heinrich Blatt:
Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Teil 1: 1957–1997
Wesseling/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-068-5

Band 18:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.):
América Latina – Kontinent der Möglichkeiten.
Jugendcamp der Konrad-Adenauer-Stiftung,
29. Juni – 1. Juli 2014
Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-067-8

Band 19:

Karl-Heinz B. van Lier (Hrsg.):
Handlungsauftrag Demographie.
Fakten – Expertise – Meinungen
Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2015
ISBN 978-3-95721-142-2

Band 20:

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Demografie & Demokratie.
Experten-Positionen zum Einfluss des demografischen
Wandels auf die Demokratie
Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

Band 21:

Volker Kronenberg:
Europa vor Ort.
Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte
Sankt Augustin/Berlin, 2016
ISBN 978-3-95721-193-4

Band 22:

Maja Eib (Hrsg.), Sarah Duryea, Sina Meissgeier:
Heimat bilden in Thüringen.
Herausforderung, Migration und Integration
Sankt Augustin/Berlin, 2016
ISBN 978-3-95721-234-4

Band 23:

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.),
Markus Klauer:
Einhundert Jahre Schlacht von Verdun.
Deutsch-Französische Wege nach Europa
Sankt Augustin/Berlin, 2017
ISBN 978-3-95721-272-6

Autor

Professor Dr. Volker Kronenberg ist Studiendekan der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie sowie Honorarprofessor an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

Mitarbeit

Dr. Manuel Becker
Christian Botz
Jonas Fehres
Lenno Götze
Nils Kleine
Kevin Medau
Florian Schmitt
Anna Zell



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

IMPRESSUM

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
10907 Berlin

Konzept

Philipp Lerch
Leiter KommunalAkademie

Redaktion

Philipp Lerch
Leiter KommunalAkademie
Hauptabteilung Politische Bildung
53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 (0) 2241 246-4213
E-Mail: philipp.lerch@kas.de

Dr. Marco Arndt
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Hauptabteilung Politische Bildung
53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 (0) 2241 246-2375
E-Mail: marco.arndt@kas.de

Fotos

Titelmotiv: © Walter Reich/PIXELIO
Seite 29 und 33: © dpa picture alliance
Seite 72 und 73: © Herbert Kohl
Seite 76: © Hamburger Abendblatt/Elisabeth Jessen
Seite 99: © Deutscher Städte- und Gemeindebund
Seite 103: © IZA
Seite 107: © ver.di
Seite 111: © Wilfried Block
Seite 115: © Beate Klinger/PIXELIO

Layout und Satz

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn



ISBN 978-3-95721-282-5

2017 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de

www.kas.de/kommunalakademie